



Erklärung zur Rede von Trump zu Jerusalem 6. 12. 2017

US-Präsident Trump will nach seiner Rede am 6. 12. den Beschluss des US-Kongresses von 1995 umsetzen, die US-Botschaft in den nächsten Jahren von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen; das ist die ausdrückliche Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt des Staates Israel. Es sieht derzeit nicht danach aus, dass die deutsche Regierung oder die EU diesem Schritt folgen werden.

Zunächst muss man zur Beurteilung dieser Entscheidung an die Fakten erinnern: Der Teilungsbeschluss der UN 1947 sah für Jerusalem einen Sonderstatus vor. Diese Idee ist schon 1948 zerstört worden; und zwar vom arabischen Staat Jordanien, als er in der historischen Altstadt von Jerusalem die Synagogen zerstörte, die Juden vertrieb und alles tat, um ganz Jerusalem zu erobern. Das haben die Israelis unter großen Opfern verhindert; in den folgenden Kriegen, die ihnen aufgezwungen wurden, haben sie ganz Jerusalem unter ihre Kontrolle gebracht – hauptsächlich aus Gründen militärischer Sicherheit und um nach dem Vertreibungsunrecht den Zugang zur Klagemauer zu sichern.

Es ist im Übrigen auch für die Muslime in Wahrheit ein Segen, dass die für sie heiligen Stätten in der Stadt unter sicherer israelischer Kontrolle sind: Wie viele Moscheen und Gläubige in arabischen Ländern sind dem islamistischen Terror zwischen Sunniten und Schiiten nicht schon zum Opfer gefallen? Auf dem Tempelberg wie in allen Moscheen in Israel können Muslime in Ruhe und sicher beten.

Jerusalem ist die Hauptstadt Israels, das weiß in Wahrheit jeder; und wer der Einladung folgt, vor dem Parlament in Jerusalem, der Knesset, zu sprechen, erkennt diese Tatsache natürlich stillschweigend auch an. Allerdings, es gibt einige wie die Hamas, die das grundsätzlich nicht anerkennen wollen – aber die erkennen auch keinen anderen Ort als Hauptstadt an, weil sie Israel nicht anerkennen. Von deren Drohungen und Klagen darf man sich deshalb in seinen Entscheidungen nicht beeinflussen lassen.

Wichtig ist, wie Trump selbst erklärt hat, dass seine Entscheidung noch keine Entscheidung über den endgültigen Status Jerusalems im Rahmen einer notwendigen Gesamtlösung zweier Staaten sein kann; einer Gesamtlösung, die nur in freien Verhandlungen ohne Vorbedingungen zwischen den Verhandlungspartnern gefunden werden kann. Trump sagt, er arbeite an einer solchen Lösung. Ob er das allerdings ernsthaft tut, wissen wir (noch) nicht. Und ob er nun mit seiner vor allem innenpolitisch motivierten Entscheidung die Chancen für eine erfolgreiche Vermittlungsmission erhöht hat – das allerdings kann man mit einigem Recht bezweifeln. Deswegen sind die Reaktionen ja auch in Israel selbst ja durchaus gemischt.

Aber wer wie die Hamas und andere Islamisten jetzt zu Terror und Gewalt aufruft, der trägt allein die Verantwortung für Gewalt und Tod.

Dr. Hermann Kuhn, Vorsitzender der DIG Bremen/Unterweser e.V.
7. Dezember 2017